

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 11 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher

Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="2"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 12 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in	
Befristung bis			

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher nach wie vor die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen. Der Senator für Inneres plant zum 01.01.2023 insgesamt 150 Stellenhebungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt der Polizei Bremen. Trotz der demographischen Entwicklung innerhalb der Ortspolizeibehörde bleibt weiterhin durch die Trennung zwischen Funktions- und Planstelle im Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in nahezu allen Besoldungsgruppen die äußerst angespannte Situation bestehen, dass eine hohe Anzahl von Polizeivollzugsbeamt:innen der Schutzpolizei, Kriminalpolizei und des Führungsstabes über eine sehr lange Zeit nicht entsprechend ihrer Funktionsstellenbewertung besoldet werden. Diese Unterdeckungen sind mit dem Ziel, in einer vertretbaren Zeit eine leistungsgerechte Besoldung herzustellen, weiterhin abzubauen. Daher sind zum 01.01.2023 insgesamt 12 Stellenhebungen in der o. g. Laufbahngruppe geplant.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher nach wie vor die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen. Der Senator für Inneres plant zum 01.01.2023 insgesamt 150 Stellenhebungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt der Polizei Bremen. Trotz der demographischen Entwicklung innerhalb der Ortspolizeibehörde bleibt weiterhin durch die Trennung zwischen Funktions- und Planstelle im Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in nahezu allen Besoldungsgruppen die äußerst angespannte Situation bestehen, dass eine hohe Anzahl von Polizeivollzugsbeamt:innen der Schutzpolizei, Kriminalpolizei und des Führungsstabes über eine sehr lange Zeit nicht entsprechend ihrer Funktionsstellenbewertung besoldet werden. Diese Unterdeckungen sind mit dem Ziel, in einer vertretbaren Zeit eine leistungsgerechte Besoldung herzustellen, weiterhin abzubauen. Daher sind zum 01.01.2023 insgesamt 12 Stellenhebungen in der o. g. Laufbahngruppe geplant.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher

Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="6"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 10 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminaloberkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher nach wie vor die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen. Der Senator für Inneres plant zum 01.01.2023 insgesamt 150 Stellenhebungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt der Polizei Bremen. Trotz der demographischen Entwicklung innerhalb der Ortspolizeibehörde bleibt weiterhin durch die Trennung zwischen Funktions- und Planstelle im Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in nahezu allen Besoldungsgruppen die äußerst angespannte Situation bestehen, dass eine hohe Anzahl von Polizeivollzugsbeamt:innen der Schutzpolizei, Kriminalpolizei und des Führungsstabes über eine sehr lange Zeit nicht entsprechend ihrer Funktionsstellenbewertung besoldet werden. Diese Unterdeckungen sind mit dem Ziel, in einer vertretbaren Zeit eine leistungsgerechte Besoldung herzustellen, weiterhin abzubauen. Daher sind zum 01.01.2023 insgesamt 12 Stellenhebungen in der o. g. Laufbahngruppe geplant.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 90, 93, 94 - Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="50"/>
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A 09 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Polizei-/Kriminalkommissar:in	
Befristung bis	<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Seit 2017 haben sich die Einstellungszahlen der Polizeikommissaranwärter:innen pro Einstellungsjahrgang auf 35 erhöht. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes erfolgt eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe und Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG. Da für jede/jeden Beamt:in, unabhängig vom Beschäftigungsvolumen, eine Stelle im Stellenplan vorgehalten werden muss, erfolgte anhand der Personalentwicklungsprognosen in den vergangenen Jahren jeweils eine Anpassung der Stellenplanstruktur.

Eine erneute Anpassung der Prognosen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Personalabgänge in den Jahren 2023 bis 2025 hat ergeben, dass im Stellenplan 2024/2025 weitere 50 Stellen von der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG geschaffen werden müssen.

Für den Stellenplan 2024/2025 sind die entsprechenden stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

Begründung:

Der Stabsbereich 90/4 der Ortspolizeibehörde ist neben der Präventionsarbeit u.a. zuständig für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Bremischen Landespressegesetz. Insbesondere umfasst dies die Bedienung des Informationsrechts der Medien über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse im Sinne einer offensiven, transparenten und stets aktuellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖA). Die Ortspolizeibehörde ist aufgrund ihres öffentlichkeitswirksamen Aufgabenfeldes im stetigen Austausch mit regionalen und überregionalen Medienpartnern.

Die in diesem Aufgabenfeld zu bedienenden Medien haben sich allerdings in der allseits bekannten Geschwindigkeit weiterentwickelt. Printmedien treten vermehrt in den Hintergrund, wohingegen Onlinemedien und die damit verbundenen geringen Reaktionszeiten heute im unmittelbaren Fokus der PÖA stehen. Aus diesem Grund wurde bei der Ortspolizeibehörde eine Stelle als Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d) eingerichtet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass insbesondere den steigenden quantitativen aber auch qualitativen Anforderungen nicht durch eine/einen Beschäftigte:n in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d) begegnet werden kann. In der Konsequenz ist die Einrichtung einer weiteren entsprechenden Stelle für die Ortspolizeibehörde zwingend erforderlich.

Für den Stellenplan 2024/2025 sind die entsprechenden stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

(siehe Antrag G 8)

Begründung:

Die Funktionsstellen des Polizeivollzugsdienstes sind im Jahr 2021 insgesamt einer summarischen Ebenenbetrachtung unterzogen worden.

Für die Stelle der Stabsbereichsleitung „Einsatz und Lagezentrum“ des Führungsstabes wurde als Ergebnis der Neubewertung eine Zuordnung zur Besoldungsgruppe A 14 Bremisches Besoldungsgesetz (BremBesG) festgesetzt. Der Stelleninhaber erfüllt zum 01.01.2023 die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Beförderung nach A 14 BremBesG.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

[Handwritten signature]

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Begründung:

Die Istanbul Konvention wurde von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert. Gemäß Vorgaben der Konvention sind alle Maßnahmen, die geeignet sind, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu minimieren, im gesamten Bundesgebiet bis hinunter in die einzelnen Kommunen umzusetzen. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz wurde mit der Umsetzung der Vorgaben aus der Istanbul Konvention beauftragt. In Zusammenarbeit einer Vielzahl von Behörden und Organisationen aus Bremen und Bremerhaven wurde der Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention im Land Bremen entwickelt und am 01. März 2022 vom Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen.

In Bremerhaven kommt der Ortspolizeibehörde durch die originäre Aufgabenzuweisung der Gefahrenabwehr sowie der Strafverfolgung eine besondere Rolle bei der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt zu. Ihr obliegt die Entwicklung, Implementierung und Weiterentwicklung einer Gefährdungsanalyse zur Erkennung von Hochrisikofällen der häuslichen Gewalt („High-Risk-Management“) sowie die Unterstützung der polizeilichen Arbeit mit dem Themenschwerpunkt „Gewaltprävention“. Dafür wurde bei der Ortspolizeibehörde eine Zentralstelle Istanbul Konvention (IK) eingerichtet. Diese hat eine polizeiinterne Koordinierungsfunktion und soll im Schwerpunkt die polizeilichen Prozesse evaluieren sowie die Netzwerkarbeit mit den städtischen Kooperationspartnern vertiefen. Das Land Bremen beteiligt sich aus den Mitteln zur Umsetzung des Landesaktionsplans in Höhe von 25.000,00 € jährlich an der Finanzierung der Personalkosten dieser Zentralstelle.

Neben den polizeilichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Istanbul Konvention sind innerhalb des Magistrats dezernatsübergreifend Koordinierungsaufgaben wahrzunehmen, um die Istanbul Konvention sowie die Vorgaben des Landesaktionsplans zielgerichtet umsetzen zu können. Aufgrund der hohen politischen Strahlwirkung und der Betroffenheit einer Vielzahl von Ämtern in der Stadtverwaltung ist auch die Anbindung dieser Aufgaben an das Dezernat I zielführend.

Aufgrund des thematischen Schwerpunktes sowie der Überschneidung der zugewiesenen Handlungsfelder bietet sich eine Bündelung der Kompetenzen in einer Funktionsstelle bei der Ortspolizeibehörde an.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage: Völkerrechtsvertrag Istanbul-Konvention

Im Auftrag


Adomeit

Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Amt 90 (Ortspolizeibehörde)
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr. 1 0 156

Bewertung bisher A 9 BremBesO

Funktionsbezeichnung bisher Polizeikommissar

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1.0"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u> TVöD (Entgeltordnung/VKA)		Entgeltgruppe 9 c Teil A Abschnitt 1 Ziffer 3 Anlage 1 zum	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation	
Befristung bis		unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsanteil:	<input type="checkbox"/>
verbleibender kommunaler Anteil:	<input type="checkbox"/>
Einnahme-Haushaltsstelle:	<input type="checkbox"/>

Begründung:

Die Beamtenstelle Nr. 1 0 156 wird mit Wirkung vom 08.12.2020 zur Finanzierung einer:s
Tarifbeschäftigten herangezogen.

Die Stelle ist in eine entsprechende Tarifstelle umzuwandeln.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:



Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Begründung:

Die Funktionsstellen des Polizeivollzugsdienstes sind im Jahr 2021 insgesamt einer summarischen Ebenenbetrachtung unterzogen worden.

Der Funktion „Leiter:in Zentrale Dienste der Schutzpolizei“ bewertet nach der Besoldungsgruppe A 14 BremBesG, wurde das Kompetenzmodul der „Stellvertretung der Amtsleitung“ übertragen, womit eine Bewertung nach der Besoldungsgruppe A 15 Brem-BesG einhergeht.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

Begründung:

Die Funktionsstellen des Polizeivollzugsdienstes sind im Jahr 2021 insgesamt einer summarischen Ebenenbetrachtung unterzogen worden.

Der Funktion „Leiter:in 3. Kriminalkommissariat der Kriminalpolizei“, bewertet nach der Besoldungsgruppe A 14 BremBesG, wurde das Kompetenzmodul der „Stellvertretung der Amtsleitung“ übertragen, womit eine Bewertung der beiden Funktionen nach der Besoldungsgruppe A 15 BremBesG einhergeht.

Insgesamt stehen entsprechende freie Planstellen im laufenden Haushalt nicht zur Verfügung. In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2023 15 Stellenhebungen realisiert werden, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es stehen Haushaltsmittel für insgesamt 15 Hebungen zur Verfügung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

Magistrat
Amt 90/3

Bremerhaven, 30.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 94
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet K 2 Ermittlungen

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 13 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Leitung K 2 Ermittlungen

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 14 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>			
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)

haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Funktionsstellen des Polizeivollzugsdienstes sind im Jahr 2021 insgesamt einer summarischen Ebenenbetrachtung unterzogen worden.

Für die Stelle der Leitung K 2 Ermittlungen der Kriminalpolizei der Ortspolizeibehörde wurde als Ergebnis der Neubewertung eine Zuordnung zur Besoldungsgruppe A 14 Bremisches Besoldungsgesetz (BremBesG) festgestellt. Der Stelleninhaber erfüllt zeitnah die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Beförderung nach A 14 BremBesG.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde Bremerhaven
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 94/23

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="4.0"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text" value="4.0"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		Entgeltgruppe 11 TVöd/VKA	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		SB:in Finanzermittlungen/Wirtschaftsprüfdienste (w/m/d) SB:in Operative Auswertung/Analyse (w/m/d) SB:in IT-Ermittlungen/Digitale Forensik (w/m/d)	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die sog. Encrochat-Verfahren führen seit mehr als einem Jahr zu einer hohen zusätzlichen Belastung bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Bremen.

Die beschuldigten Personen dieser Verfahren sind Tätergruppen der (schweren) organisierten Kriminalität aus dem Bereich des internationalen Handels mit Betäubungsmitteln sowie des Waffenhandels (einschl. Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz) zuzuordnen. Die Beweislage ergibt sich in den Verfahren aus der Auswertung der sog. Encrochats und neuerdings aus den Sky ECC.

Der Bremer Senat hat dem Personalmehrbedarf zur Durchführung der Ermittlungsverfahren am 02.11.2021 bis Ende 2025 zugestimmt. Die staatliche Deputation für Inneres hat am 11.11.2021 einen zusätzlichen Personalbedarf von 22 VZÄ im Geschäftsbereich des Senators für Inneres für vier Jahre anerkannt. Der Ortspolizeibehörde Bremerhaven werden daraus 4,0 VZÄ zugewiesen.

Die Besetzung erfolgte analog zu den Verfahren in Bremen mit Sachbearbeiter:innen für die Aufgabenbereich Finanzermittlungen (2,0 Stellen), Analyse und Cyberermittlungen (jeweils 1,0 Stellen).

Der Personal- und Organisationsausschuss hat in seiner Sitzung vom 01.12.2021 für die Ortspolizeibehörde vier unbefristete überplanmäßig anerkannte Bedarfe (Entgeltgruppe 11 TvöD/VKA) bewilligt.

Es ist davon auszugehen, dass das o. g. Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der o. g. organisierten Kriminalität weitergeführt wird.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Amt 91
Abteilung/Sachgebiet	Amtsleitung
Planstelle/Stelle Nr.	10001
Bewertung <u>bisher</u>	A 15 BremBesO
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Ltd. Verwaltungsdirektor

- | | | |
|--|---------------------------|-----|
| <input type="checkbox"/> Neuschaffung | Stellen-Soll | 1,0 |
| <input type="checkbox"/> Streichung | anerkannter Bedarf - Soll | |
| <input type="checkbox"/> Umwandlung | kw-Vermerk/e | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Höherbewertung | ku-Vermerk/e | |
| <input type="checkbox"/> Abwertung | (ku nach BesG/EG |) |
| <input type="checkbox"/> Ausweisung | | |
| <input type="checkbox"/> Übertragung | | |
| <input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur | | |

Bewertung neu A 16 BremBesO

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 6.990 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Stelle des Leiters des Bürger- und Ordnungsamtes ist aktuell nach A 15 BremBesO bewertet. Dem Bürger- und Ordnungsamt wurde in den vergangenen Jahren aufgrund bundes- und landesgesetzlicher Vorgaben weitere Aufgaben übertragen bzw. die bestehenden Aufgabenbereiche wurden inhaltlich angepasst. Die Aufgabenwahrnehmung als Gefahrenabwehrbehörde rückte – auch in der öffentlichen Wahrnehmung stärker in den Vordergrund -. Dies spiegelte sich u. a. in einem Anstieg der Mitarbeiterzahl auf aktuell 141 wieder und wird durch die geplante Erweiterung des Außendienstes verstetigt. Durch die veränderte Aufgabenwahrnehmung ergeben sich für den Stelleninhaber erhöhte Anforderungen an die Leitungs- und Ausführungsverantwortung.

Es ist daher beabsichtigt, die aktuelle Bewertung einer Neubetrachtung auf A 16 BremBesO (analog zum Stellenvorgänger) zu unterziehen. Für den Stellenplan 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt, der diese Neubetrachtung berücksichtigt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:



Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<i>vorbereitlich BWK 08.12.2023</i> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Amt 91
Abteilung/Sachgebiet	31/Straßenverkehrsbehörde
Planstelle/Stelle Nr.	21 002
Bewertung <u>bisher</u>	EG 9a TVöD/MKA
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Stadtangestellte

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1 (Entfristung)
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 69.940 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss vom 08. September 2021 hatte der Ausschuss für öffentliche Sicherheit – und nachfolgend der Personal- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung am 09. September 2021 – beschlossen, zunächst für die Dauer von zwei Jahren die Straßenverkehrsbehörde personell zu verstärken (VZA EG 9a TVöD/MKA). Die seinerzeit in der Vorlage I 48/2021 angegebenen Gründe für die befürwortete Personalverstärkung bestehen weiterhin.

Ein Anstieg der Anzahl der Arbeitsstellen ist weiterhin zu verzeichnen:

- 2019 wurden insgesamt 1.435 Arbeitsstellen beantragt,
- 2020 wurden insgesamt 2.088 Arbeitsstellen beantragt,
- 2021 wurden insgesamt 2.909 Arbeitsstellen beantragt,
- 2022 wurden insgesamt 3.053 Arbeitsstellen beantragt,
- 2023 wurden insgesamt 2.652 Arbeitsstellen beantragt (Stand 31.08.2023).

Eine Entfristung der 1,0 Stelle (EG 9a TVöD/MKA) ist daher 2024/2025 notwendig. Mit den Vorlagen 60/2023 für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 26. September 2023 sowie I/29/2023 für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 25. September 2023 soll die Entfristung vorgenommen werden.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Straßenverkehrsordnung, Bremisches Landesstraßengesetz, Richtlinien zur verkehrsrechtlichen Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Technische Regeln für Arbeitsstätten im Grenzbereich zum Straßenverkehr


Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet <i>+ Strickung üpt a.B.</i>	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 91

Abteilung/Sachgebiet

5/Migration und Einbürgerung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

EG 9b TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Stadtangestellte

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 147.670 €

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Anzahl der im Stadtgebiet Bremerhaven lebenden ausländischen Staatsangehörigen (ohne EU-Bürger) hat sich von 7.451 im Juni 2013 auf 16.417 im August 2023 erhöht. Sukzessive wurde auch das Personal im Sachgebiet „Ausländerwesen“ erhöht, jedoch nicht in dem Maße, wie die Anzahl der Fälle pro Sachbearbeiter in diesem Zeitraum veränderte.

Im Juni 2013 waren es 810 Fälle pro Sachbearbeiter und im Dez. 2012 (letzte Neuaufteilung) 1.131 Fälle pro Sachbearbeiter.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich das Ausländerrecht in den letzten Jahren in einem ständigen Veränderungsprozess befunden hat und die qualitativen Anforderungen an die Sachbearbeitung sich stetig erhöhten. Es seien hier nur beispielhaft die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels, die Veränderungen in der beschleunigten Fachkräftezuwanderung, Sonderregelungen für ukrainische Staatsangehörigen, die Abwicklung des Brexit für dann nicht mehr EU-Bürger aus dem Vereinigten Königreich genannt, neben einer Vielzahl von Bundes- und Landesvorgaben im Ausländerrecht und die Dublin-Überstellungen seitens des BAMF.

Die Mitarbeiter:innen im Sachgebiet haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht und krankheitsbedingte Ausfälle verschärfen die angespannte Personaldecke. Es bestehen bereits entsprechende Überlastungsanzeigen.

Um eine zeit- und sachgerechte adäquate Sachbearbeitung – auch in Hinblick auf die Integration und den notwendigen Fachkräftebedarf - zu gewährleisten müssen die Fallzahlen auf 950 Fälle pro Sachbearbeiter gesenkt werden. Hierzu ist es notwendig, das Sachgebiet „Ausländerwesen“ mit 20 Stellen (FG 9b TVöD/MKA) zu verstärken

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Aufenthaltsgesetz und anderer ausländerrechtliche Vorschriften


Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Amt 91
Abteilung/Sachgebiet	5/Migration und Einbürgerung
Planstelle/Stelle Nr.	21 006, 21 007
Bewertung <u>bisher</u>	EG 9a TVöD/VKA, EG 9b TVöD/VKA
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Stadtangestellte

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2 (Entfristung)
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 142.780 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss vom 22. März 2022 hatte der Personal- und Organisationsausschuss für das Sachgebiet "Ausländerwesen" der Abteilung Migration und Einbürgerung zwei anerkannte überplanmäßige Bedarfe (VZA EG 9a TVöD/MKA sowie VZA EG 9b TVöD/MKA) im Rahmen der Ukraine-Krise beschlossen. In seiner Sitzung vom 06. Dezember 2022 hatte dann der Personal- und Organisationsausschuss beschlossen, die zum Stichtag 31. Oktober 2022 besetzten Stellen bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 zu verlängern. Darüber hinaus vorhandene Bedarfe sind von den Fachämtern für die Stellenplanberatungen 2024/2025 einzubringen und ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Die Abteilung Migration und Einbürgerung hat seit Feb. 2022 für ca. 2.690 ukrainische Staatsangehörige im vereinfachten Verfahren nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Diese vereinfachte Verfahren soll zunächst bis Sommer 2024 nach dem Willen der EU Bestand haben. Hiernach – und kann auf Antrag bereits jetzt so verfahren werden – sollen die Aufenthaltserlaubnisse auf der regulären Anspruchsbasis des Aufenthaltsrechts im Rahmen der Einzelfallprüfung erteilt werden. Dies ist nur mit den vorgenannten Stellen zu leisten.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Aufenthaltsgesetz und andere ausländerrechtliche Vorschriften

Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 91

Abteilung/Sachgebiet

5/Migration und Einbürgerung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

EG 9a TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Stadtangestellte

Neuschaffung

Stellen-Soll 2

Streichung

anerkannter Bedarf - Soll

Umwandlung

kw-Vermerk/e

Höherbewertung

ku-Vermerk/e

Abwertung

(ku nach BesG/EG)

Ausweisung

Übertragung

Redaktionelle Korrektur

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 109.890 €

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Am 23. August 2023 wurde vom Bundeskabinett das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Kernpunkte sind u. a. das Zulassen von Mehrstaatlichkeit, die Möglichkeit der Einbürgerung im Regelfall nach fünf statt acht Jahren (bei besonders gelungener Integration bereits nach drei Jahren), die in Deutschland geborenen Kinder erhalten vorbehaltlos die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn mindestens ein Elternteil mehr als fünf Jahre ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, Stärkung des Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, Vertiefung von Sicherheitsabfragen bei den Sicherheitsbehörden, Verzicht von Einbürgerungstestes bei der Gastarbeitergeneration, Durchführung von öffentlichen Einbürgerungsfeiern. Das Inkrafttreten ist zum 01. Januar 2024, spätestens zum 01. März 2024 vorgesehen.

Nach den Berechnungen der Bundesregierung würden von den Regelungen zunächst ca. 5,3 Millionen Einwohner betroffen sein. Seitens des Senator für Inneres wird für das Migrationsamt Bremen aufgrund der Reform ein zusätzlicher Personalaufwand von 12 Stellen angesetzt und in die dortigen Stellenplanberatungen eingebracht, da neben dem möglichen reinen Fallaufkommen auch inhaltlich in der Sachbearbeitung durch die Reform weitergehende Anforderungen an die Sachbearbeitung gestellt werden.

Heruntergebrochen auf die Stadt Bremerhaven sind nach den nun vorliegenden Eckpunkten der Reform ca. 9.700 Einwohner unserer Stadt mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit betroffen. Um eine zeit- und sachgerechte Bearbeitung zu ermöglichen ist daher das Sachgebiet „Einbürgerung“ zusätzlich um 2,0 Stellen (EG 9a TVöD/VKA) unbefristet zu verstärken.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Staatsangehörigkeitsgesetz


Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 91

Abteilung/Sachgebiet

5/Migration und Einbürgerung

Planstelle/Stelle Nr.

~~21135~~

Bewertung bisher

EG 9a TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Stadtangestellte

Neuschaffung

Streichung

Umwandlung

Höherbewertung

Abwertung

Ausweisung

Übertragung

Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll

110

anerkannter Bedarf - Soll

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 69.940 €

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss vom 14. März 2023 hatten der Ausschuss für öffentliche Sicherheit und der Personal- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung am 21. Februar 2023 für das Sachgebiet "Einbürgerung" der Abteilung Migration und Einbürgerung einen anerkannten überplanmäßigen Bedarf (VZA EG 9a TVöD/VKA) beschlossen. Ein Stellenplanantrag für 2024/2025 war zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Staatsangehörigkeitsgesetz

Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

619

Magistrat
Organisationseinheit Amt 91

Bremerhaven, 25.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 91

Abteilung/Sachgebiet

7/Bußgeldstelle - Außendienst (72)

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

EG 8a TVöD/VKA

Funktionsbezeichnung bisher

Beschäftigte im Außendienst

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung 2024 und 2025	Stellen-Soll	jeweils 15 VZA in
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 921.800 € / + 1.883.780 €

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

In der Koalitionsvereinbarung für die 21. Wahlperiode 2023 – 2027 ist festgehalten, dass der Außendienst auf 95 Stellen aufwachsen soll als Teil der Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive im Stadtgebiet mit einer Ausdehnung der Einsatzzeiten. Ein entsprechender Antrag an den Magistrat zur Erarbeitung eines solchen Konzeptes in Verbindung mit der Personalverstärkung liegt für die Stadtverordnetenversammlung vor.

Um bereits jetzt in einem ersten Schritt im Zuge der Haushalts- und Stellenplanberatungen die stellenplanmäßige Grundlage für den weiteren personellen Ausbau zu schaffen, sollen jeweils 15,0 weitere Stellen (EG 8 TVöD/MKA) für den Außendienst in den Jahren 2024 und 2025 im Stellenplan verankert werden.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Bremisches Polizeigesetz und diverse ordnungsrechtliche Vorgaben in Spezialgesetzen

Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	Bürger- und Ordnungsamt (Amt 91)
Abteilung/Sachgebiet	Bußgeldstelle-Außendienst (91/72)
Planstelle/Stelle Nr.	21014, 21021 - 23, 21030 - 41
Bewertung <u>bisher</u>	EG 8 TVöD VKA
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Beschäftigte im Außendienst

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	16,0
<input checked="" type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	16,0 unbefristet
überplanmäßig anerkannter Bedarf		
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 8 TVöD VKA	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Durch die stetig steigenden Anforderungen der Aufgabenstellung zur Überwachung der öffentlichen Ordnung durch den Außendienst, sind in den vergangenen Jahren insgesamt 16,0 Stellen als unbefristet überplanmäßig anerkannter Bedarf im Stellenplan des Amtes ausgewiesen. Das entsprechende Personalkostenbudget steht zur Verfügung. Die genannten Stellen sollen nunmehr formell als Planstellen im Stellenplan ausgewiesen werden. Als Teil der Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive ist im Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode zudem der schrittweise Ausbau des Außendienstes auf rund 95 Beschäftigte mit dem Ziel festgeschrieben, die Überwachung und Kontrolle der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in diesem Sinne dauerhaft zu etablieren.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:



Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung) Bürger- und Ordnungsamt (Amt 91)

Abteilung/Sachgebiet Statistik und Wahlen 91/8

Planstelle/Stelle Nr. neu

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1.0"/>
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A 10 BremBesO	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Verwaltungsobersinspektor:in	
Befristung bis	-	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 51.320 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

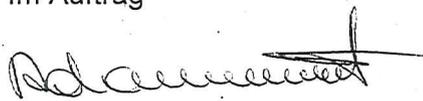
Begründung:

Der Personal- und Organisationsausschuss hat in der Sitzung vom 16.03.2022 (Vorlage Nr. 5/2022) einen unbefristeten üpl. anerkannten Bedarf für die Abteilung Statistik und Wahlen im Bürger- und Ordnungsamt (Amt 91/8) bewilligt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage: Europawahl-, Bundeswahlordnung, Bremisches Wahlgesetz und Bremische Wahlordnung

Im Auftrag



Adomeit

Fachausschuss: Beschluss vom 08.03.2022

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

622

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	37 / Feuerwehr
Abteilung/Sachgebiet	37/A.0
Planstelle/Stelle Nr.	20021
Bewertung <u>bisher</u>	EG 6
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Stadtangestellte mit Schreibverpflichtung

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,25
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 6	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Vorzimmer Amtsleitung/Dezernat	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 15.240 €
 haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
 Finanzierungsanteil:
 verbleibender kommunaler Anteil:
 Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Für die Besetzung des Vorzimmers des Dezernates/der Amtsleitung der Feuerwehr Bremerhaven stehen 0,5 Stellenanteile zur Verfügung. Der derzeitige Stellenanteil von 0,5 wurde seit Einrichtung der Stelle nicht angepasst. Die steigende Entwicklung der Personalzahlen von ca. 35% in den vergangenen 12 Jahren führen zu einem gestiegenen Verwaltungs- und Organisationsaufwand. Hinzukommt die magistratsweite Einführung des Dokumentenmanagementsystems „enai“ und die damit verbundenen administrativen Aufgaben, die diese Stelle neu innehat. Begründet ist dies, da der Aktenplan in der Zuständigkeit der Amtsleitung respektive des Vorzimmers liegt. Die Aufgabenveränderung im Bereich des Vorzimmers des Dezernates/der Amtsleitung führen insgesamt zu einer in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit nicht mehr zu bewältigenden Arbeitsbelastung. Die Maßnahme wurde zwischen der Feuerwehr und der Magistratskanzlei abgestimmt und mit dem Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses am 17.04.2023 anerkannt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/A.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,75
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 15Ü	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Ärztliche Leitung Rettungsdienst	
Befristung bis	Unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 88.270 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Gemäß §31 Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG) wird der Rettungsdienst in medizinischen Fragen und Angelegenheiten des Qualitätsmanagements von einer Ärztlichen Leitung Rettungsdienst (ÄLRD) geleitet und überwacht, die in dieser Aufgabe der Feuerwehr als Rettungsdienststräger unterstellt ist. Die ÄLRD muss gemäß gesetzlicher Vorgabe weiterhin regelmäßig am Notarzdienst teilnehmen und ist Mitglied der Gruppe der Leitenden Notärzt:innen. Derzeit wird die Funktion ÄLRD vertraglich im Umfang von 0,75 VZÄ durch das KBR gestellt. Dies führt in den täglichen Entscheidungsprozessen zu Interessenskonflikten, da sich klinische und präklinische Belange oft gegensätzlich gegenüberstehen. Damit die ÄLRD im Sinne des Rettungsdienststrägers und somit im Sinne der Magistratsverwaltung handeln kann, ist eine direkte Anbindung an die Seestadt Bremerhaven zwingend zu realisieren. Die ÄLRD muss mit den Krankenhausträgern Verfahrensabläufe und Vereinbarungen im Sinne des Rettungsdienstes treffen. Ist der Krankenhausträger auch Arbeitgeber des ÄLRD entstehen Interessenkonflikte welche wiederum zu Konflikten zwischen den einzelnen Positionen führen können. Weitere Konflikte entstehen im täglichen Arbeitsleben bei zwei Arbeitgebern immer dann, wenn beide Arbeitgeber zeitgleich auf den Arbeitnehmer zugreifen wollen. Als Beispiele sind hier Paralleltermine und kurzfristig zu besetzende Dienste zu nennen. Auch die Einordnung mit zwei Vorgesetzten, einmal in der Klinik und einmal bei der Feuerwehr, kann zu Komplikationen führen. Daraus folgt, dass die Loyalität zu zwei Institutionen mit nicht immer identischen Zielen für den Stelleninhaber/die Stelleninhaberin zu einer emotionalen Zerreißprobe werden kann. Mit einer Vertragsanpassung kann auch eine klare Trennung der Vorgesetztenfunktion in der Klinik (Chefarzt) und der Vorgesetztenfunktion ÄLRD, da der Chefarzt auch am Notarzdienst teilnimmt, geregelt werden.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,6
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9S Z	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 29.950 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Die Planung, Organisation und Durchführung der Ausbildung von neu gewonnen Personal im Leitstellenbereich ist ebenso Aufgabe der Leitstelle wie die Fortbildung des bereits vorhandenen Personals. Ziel ist es, zum einen ausreichend befähigtes Personal zu qualifizieren um planbare und unplanbare Personalabgänge kompensieren zu können und zum anderen, das bestehende Personal ständig weiter zu qualifizieren. Um die Aus- und Fortbildung planen, organisieren und durchführen zu können hat das nun durchgeführte Personalgutachten einen Stellumfang von 1,35 VZÄ vorgesehen. Im Personalgutachten von 2017 wurden hierzu 0,25 VZÄ berechnet. Daraus ergibt sich eine Steigerung von 1,10 VZÄ. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	0,85	0,75		
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,4
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister (Einsatzsachbearbeiter)	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 7.490 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Der wesentliche Teil des Personalkörpers (30,79 VZÄ) der IRLS besteht aus Mitarbeitenden der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, welche für die Einsatzsachbearbeitung eingesetzt werden. Der zuvor beschriebene Anstieg der abzuarbeitenden Einsätze in der IRLS wird durch die Einsatzsachbearbeiter:innen abgearbeitet. Durch die Qualifizierung von Personal entstehen Personalausfallzeiten. Für die Qualifizierung von zukünftigen Disponenten ist unter Berücksichtigung der verschiedenen Eingangsqualifizierungen laut Berechnung des Personalgutachten von 0,4 VZÄ im Mittel auszugehen. Das Personalgutachten von 2017 hat hierzu keine Aussagen getroffen. Aus diesem Grund ist zur Deckung der Personalausfallzeiten, welche aufgrund von Qualifizierung von zukünftigen Personal entstehen, 0,4 VZÄ gemäß der Berechnungen des aktuellen Personalbesetzungsgutachten anzuerkennen. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,6
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG9b	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Beschäftigter IuK Technik	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 63.990 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Die Aufgabe der IT-Systembetreuung, der Datenversorgung und -pflege ist eine Aufgabe der IRLS. Aktuell stehen hierfür 3,0 VZÄ gemäß dem Personalgutachten aus 2017 zur Verfügung. Der durch das Personalgutachten aktuell ermittelte Personalumfang hierfür beträgt 5,6 VZÄ. Dies bedeutet eine Steigerung von 2,6 VZÄ zum Personalgutachten aus dem Jahr 2017. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	115	111		
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.01. 2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,4
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		

Bewertung neu EG 11

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis Keine

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 1 A. 350 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Die Qualitätssicherung ist eine durch das Bremische Hilfeleistungsgesetz geforderte Aufgabe der IRLS. Ziel ist es eine wissenschaftlich fundierte Notrufabfrage zu gewährleisten. Hierzu wurden im Personalgutachten im Jahr 2017 0,5 VZÄ berechnet. Im nun durchgeführten Gutachten wurden für die Qualitätssicherung 0,9 VZÄ errechnet. Hieraus ergibt sich eine Steigerung von 0,4 VZÄ. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	0,25	0,15		
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	8,21
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister (Einsatzsachbearbeiter)	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 153.680 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Der wesentliche Teil des Personalkörpers (30,79 VZÄ) der IRLS besteht aus Mitarbeitenden der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, welche für die Einsatzsachbearbeitung eingesetzt werden. Der zuvor beschriebene Anstieg der abzuarbeitenden Einsätze in der IRLS wird durch die Einsatzsachbearbeiter:innen abgearbeitet. Hieraus resultiert, dass der zu erwartende überwiegende Personalmehrbedarf auf die Gruppe der Einsatzsachbearbeiter:innen entfällt. Der Personalmehrbedarf bei der Einsatzsachbearbeitung wurde mit 39 VZÄ neu berechnet. Die Veränderung zum Gutachten aus dem Jahr 2017 beträgt somit 8,21 VZÄ. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	8,05 <input checked="" type="checkbox"/>	0,16 <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister (Einsatzsachbearbeiter)	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 37.440 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Der wesentliche Teil des Personalkörpers (30,79 VZÄ) der IRLS besteht aus Mitarbeitenden der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, welche für die Einsatzsachbearbeitung eingesetzt werden. Der zuvor beschriebene Anstieg der abzuarbeitenden Einsätze in der IRLS wird durch die Einsatzsachbearbeiter:innen abgearbeitet. Aufgrund von Langzeiterkrankungen kommt es im Bereich der IRLS regelmäßig zu übermäßig hohen Personalausfallzeiten. Diese Personalausfallzeiten wurden bislang in der Personalbemessung nicht berücksichtigt. Das derzeit durchgeführte Personalbemessungsgutachten sieht hierfür eine Vorhaltung von 2,0 VZÄ vor. Aus diesem Grund werden auf Grundlage des Personalbemessungsgutachten 2,0 VZÄ beantragt. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	37 / Feuerwehr
Abteilung/Sachgebiet	37/0.1.2
Planstelle/Stelle Nr.	20022
Bewertung <u>bisher</u>	EG 5
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	Schreibdienst

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,25
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 5	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Schreibdienst	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: **+ 14.130 €**
 haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
 Finanzierungsanteil:
 verbleibender kommunaler Anteil:
 Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Dem Sachgebiet Personalwesen der Feuerwehr Bremerhaven sind 0,5 Stellenanteile Schreibdienst zugeordnet. Zu den durch den/die Stelleninhaber:in zu erledigenden Aufgaben gehören Schreibtätigkeiten, allgemeine Verwaltungstätigkeiten und die Datenpflege für das Sachgebiet Personalwesen.

Der derzeitige Stellenanteil von 0,5 wurde seit Besetzung der Stelle im Jahr 2005 mit der derzeitigen Stelleninhaberin nicht angepasst. Die steigende Entwicklung der Personalzahlen von ca. 35% in den vergangenen 12 Jahren führen zu einem deutlichen Anstieg des Verwaltungs- und Organisationsaufwandes im Bereich des Sachgebietes Personalwesen der Feuerwehr.

Die Aufgabenveränderung der vergangenen Jahre im Sachgebiet Personalwesen, gestiegene Dokumentationspflichten und umfangreicher, sowie komplexer gewordene Arbeitsprozesse führen ebenfalls zu einer in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit nicht mehr zu bewältigenden Arbeitsbelastung. Der stetig steigende Überstundenstand der derzeitigen Stelleninhaberin sowie das Aussetzen des Erholungsurlaubes in den vergangenen Jahren sind weitere Indikatoren für einen dem Arbeitsaufkommen nicht angemessenen Stellenanteil.

Die Maßnahme wurde zwischen der Feuerwehr und der Magistratskanzlei abgestimmt und mit dem Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses am 17.04.2023 anerkannt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 10.07.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 5	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Projektsachbearbeitung	
Befristung bis	36 Monate	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Im Rahmen eines Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde zur Sicherstellung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen ein entsprechender Projektantrag des Konsortiums, bestehend aus den Ämtern 37, 50, 53, 58, der Hochschule Bremerhaven, den EBB und dem BIT, eingereicht. Mit einer Projektzusage verbunden ist die Finanzierung von entsprechenden Projektstellen. Hierzu zählen für das Amt 37 3,0 VZÄ für die Projektlaufzeit von 36 Monaten. Die Refinanzierung der Einrichtung der Stellen ist aufgrund der Vollförderung durch das BMBF sichergestellt. Zuzüglich der vollumfänglichen Refinanzierung sind 20% Arbeitsplatzpauschalen, Reisekosten sowie eine IT-Pauschale im Förderumfang enthalten. Die einzurichtenden 3,0 VZÄ teilen sich in 2,0 VZÄ EG13 und 1,0 VZÄ EG5 auf.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

G 32

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.01.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 13	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Projektbetreuung	
Befristung bis	36 Monate	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Im Rahmen eines Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde zur Sicherstellung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen ein entsprechender Projektantrag des Konsortiums, bestehend aus den Ämtern 37, 50, 53, 58, der Hochschule Bremerhaven, den EBB und dem BIT, eingereicht. Mit einer Projektzusage verbunden ist die Finanzierung von entsprechenden Projektstellen. Hierzu zählen für das Amt 37 3,0 VZÄ für die Projektlaufzeit von 36 Monaten. Die Refinanzierung der Einrichtung der Stellen ist aufgrund der Vollförderung durch das BMBF sichergestellt. Zuzüglich der vollumfänglichen Refinanzierung sind 20% Arbeitsplatzpauschalen, Reisekosten sowie eine IT-Pauschale im Förderumfang enthalten. Die einzurichtenden 3,0 VZÄ teilen sich in 2,0 VZÄ EG13 und 1,0 VZÄ EG5 auf.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.01.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.4

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 9b	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Datenaufbereitung und Systembetreuung	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 73.840 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Digitalisierung schreitet in Deutschland immer weiter voran. Nicht nur in Unternehmen und Behörden, sondern auch in Schulen wird sie immer weiter vorangetrieben. Die Feuerwehrakademie für Rettungsdienst Bremerhaven hat bereits ein schulinternes Netzwerk aufgebaut und ihre Schüler und Dozenten mit Tablets bzw. Notebooks ausgestattet. Es kommen interaktive Whiteboards der neuesten Generation mit Touchdisplays zum Einsatz, die die klassischen Schultafeln und das Smartboard ersetzt haben. Die Fachbücher müssen nicht mehr zum Unterricht mitgebracht werden, sondern sind auf dem Tablet oder Notebook abgespeichert. Zusätzliche Apps erleichtern die Arbeit ebenfalls.

Die Systeme haben sich etabliert und ermöglichen der Feuerwehrakademie einen flexiblen und effektiven Umgang mit den internen und externen Dozenten sowie den Auszubildenden. Eine Systembetreuung und Weiterentwicklung durch das Medienzentrum Bremerhaven und/oder dem Betrieb für Informationstechnologien Bremerhaven (BIT) wurde bereits angefragt und aufgrund mangelnder Ressourcen nicht zugestimmt. Zudem sind die Systeme nicht am Netzwerk des Magistrats der Stadt Bremerhaven gekoppelt, was eine Systembetreuung durch dem BIT erschwert und zusätzliche Kompetenzen erfordert.

Zu den o.g. Bedarfen kommen die Bedarfe der Feuerwehr hinsichtlich der notwendigen und stetig fortschreitenden Digitalisierung des Einsatzdienstes der Feuerwehr. Feuerwehrfachspezifische Fachanwendungen (z.B. Einsatzunterstützungssysteme) bedürfen einer regelmäßigen Fachbetreuung und Datenpflege. Hierzu sind bislang keine VZÄ vorgesehen.

Aus den oben genannten Gründen ist beabsichtigt 1,0 VZÄ für die Systembetreuung und die Datenversorgung an der Bremerhavener Feuerwehrakademie sowie für den Einsatzdienst zu beantragen. Die Teilrefinanzierung der zu beantragenden VZÄ ist im Rahmen der feuerwehrtechnischen Laufbahnausbildung sowie aufgrund der Aus- und Fortbildung für den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst sichergestellt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 10.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)	
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 6	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Sachbearbeitung Rettungsdienstlager	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Rettungsdienst dient der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallversorgung. Gemäß Bremischem Hilfeleistungsgesetz obliegt die Wahrnehmung des Rettungsdienstes aufgrund der besonderen Aufgabenstellung als hoheitliche Aufgabe ausschließlich den Aufgabenträgern, den Stadtgemeinden Bremerhaven und Bremen in kommunaler Zuständigkeit. Die Durchführung der Notfallrettung erfolgt in Bremerhaven ausschließlich durch den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst mit qualifizierten Kräften der Feuerwehr.

Um die Versorgungssicherheit mit medizinischen Material, mit dem Ziel der Sicherstellung der präklinischen Notfallmedizin in der Stadtgemeinde Bremerhaven, zu gewährleisten, ist eine zentrale Lagerhaltung zwingend notwendig. Zusätzlich zu Sicherstellung der Versorgungssicherheit gehören Aufgaben welche sich aus der Medizinprodukte-Betreiberverordnung ergeben. Hierzu gehören unter anderem die Prüfung und Wartung der Medizinprodukte. Im Rahmen der kommunalen Einführung von Akut-Krankentransportwagen durch private Krankentransportunternehmen ist der Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst von den Kostenträgern beauftragt worden, die dafür erforderlichen medizinischen Geräte zu beschaffen und zu betreiben. Zur Aufgabenerfüllung der zuvor genannten Aufgaben ist ein personeller Mehraufwand von 1,0 VZÄ notwendig. Die Refinanzierung des personellen Mehraufwands ist durch die Kostenträger (Krankenkassenverbände) zugesagt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.02.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet <i>ohne Budget</i>	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.01.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,93
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A8	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Oberbrandmeister	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 149.210€
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der überwiegende Teil der Stellen bei der Feuerwehr Bremerhaven ist dem Einsatzdienst und damit den Wachabteilungen zugeordnet. Die Menge des im Wachdienst eingesetzten und somit zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigten Personals errechnet sich aus den im Brandschutzbedarfsplan vorgesehenen Funktionen, multipliziert mit einem Personalfaktor, welcher sich über die allgemeinen Personalausfallzeiten (z.B. Krankheit, Fortbildung, Urlaub etc.) berechnen lässt. Die letzte Berechnung des Personalfaktors und die damit verbundene Anpassung des Personalkörpers des Einsatzdienstpersonals der Wachabteilung wurde im Jahr 2019 durchgeführt. Die Berechnung ergab 5,45 Beamte/Stelle. Hieraus resultiert ein Stellenbedarf von 212,55 Stellen (5,45 Beamte/Stelle x 39 Funktionsstellen = 212,55 Beamte) welche zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigt werden. Eine nun erneut durchgeführte Berechnung ergab einen Personalfaktor von 5,6 Beamte/Stelle. Hieraus ergibt sich ein Stellenmehrbedarf (5,6 Beamte/Stellen x 39 Funktionsstellen = 218,4 Beamte) von 5,85 Stellen für das Einsatzdienstpersonal der Wachabteilungen der Feuerwehr Bremerhaven. Die Gruppen der Oberbrandmeister:innen (Besoldungsgruppe A8) und Hauptbrandmeister:innen (Besoldungsgruppe A9) bilden mit summarisch 172,88 VZÄ gegenüber den Brandmeister:innen (Besoldungsgruppe A7) und den Hauptbrandmeister:innen mit Amtszulage (Besoldungsgruppe A9 Z) mit 60,53 VZÄ den überwiegenden Anteil des Einsatzdienstpersonals auf den Wachabteilungen. Hieraus resultiert die Verteilung des sich ergebenden Stellenmehrbedarf von 5,85 VZÄ auf die Besoldungsgruppe A8 und A9 mit je 2,93 VZÄ.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	4,68 A7/A8			
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,93
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 164.500 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der überwiegende Teil der Stellen bei der Feuerwehr Bremerhaven ist dem Einsatzdienst und damit den Wachabteilungen zugeordnet. Die Menge des im Wachdienst eingesetzten und somit zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigten Personals errechnet sich aus den im Brandschutzbedarfsplan vorgesehenen Funktionen, multipliziert mit einem Personalfaktor, welcher sich über die allgemeinen Personalausfallzeiten (z.B. Krankheit, Fortbildung, Urlaub etc.) berechnen lässt. Die letzte Berechnung des Personalfaktors und die damit verbundene Anpassung des Personalkörpers des Einsatzdienstpersonals der Wachabteilung wurde im Jahr 2019 durchgeführt. Die Berechnung ergab 5,45 Beamte/Stelle. Hieraus resultiert ein Stellenbedarf von 212,55 Stellen (5,45 Beamte/Stelle x 39 Funktionsstellen = 212,55 Beamte) welche zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigt werden. Eine nun erneut durchgeführte Berechnung ergab einen Personalfaktor von 5,6 Beamte/Stelle. Hieraus ergibt sich ein Stellenmehrbedarf (5,6 Beamte/Stellen x 39 Funktionsstellen = 218,4 Beamte) von 5,85 Stellen für das Einsatzdienstpersonal der Wachabteilungen der Feuerwehr Bremerhaven. Die Gruppen der Oberbrandmeister:innen (Besoldungsgruppe A8) und Hauptbrandmeister:innen (Besoldungsgruppe A9) bilden mit summarisch 172,88 VZÄ gegenüber den Brandmeister:innen (Besoldungsgruppe A7) und den Hauptbrandmeister:innen mit Amtszulage (Besoldungsgruppe A9 Z) mit 60,53 VZÄ den überwiegenden Anteil des Einsatzdienstpersonals auf den Wachabteilungen. Hieraus resultiert die Verteilung des sich ergebenden Stellenmehrbedarf von 5,85 VZÄ auf die Besoldungsgruppe A8 und A9 mit je 2,93 VZÄ.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Bremisches Hilfeleistungsgesetz

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	2,94	0,59		
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.2

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG8	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Sachbearbeitung Technischer Dienst	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 61.460 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Feuerwehr Bremerhaven unterhält neun Werkstätten auf der Zentralen Feuerwache. Diese Werkstätten dienen zur Sicherstellung der ständigen Einsatzbereitschaft. Hier werden notwendige Ersatzgeräte / medizinische Geräte vorgehalten und gebrauchte Geräte instandgesetzt. Darüber hinaus wird eine Vielzahl an Routinearbeiten durchgeführt, beispielhaft Reinigung nach Kontamination, Einhaltung von Hygienevorschriften sowie Geräteprüfungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen etc.. Für die Unterhaltung dieser o. g. Werkstätten werden Mitarbeitende des Wachdienstpersonals eingesetzt. Nur der KFZ Werkstatt sind zwei Tarifbeschäftigte zugeordnet. Auf Grundlage der neuen Arbeitszeitverordnung Bremen in Verbindung mit der Integration des Rettungsdienstes im 24-Stunden-Schichtdienst wurden für das Einsatzpersonal die Anteile der Bereitschaftszeiten erhöht. Zusätzlich haben sich seit Jahren die Abwesenheitszeiten in den Werkstätten durch Erhöhung der notwendigen Übungsdienste/Ausbildungsdienste, auch hier durch geänderte gesetzliche Bestimmungen, erweitert. Die Vergabe von Dienstleistungen an Fremdfirmen und Vertragspartner sind nicht verlässlich und auch mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden, da die Vorhaltung der Einsatzgeräte zwangsläufig erweitert werden muss. Eine vollständige externe Vergabe würde ca. 640.000 € pro Jahr an Kosten nur für die notwendigen Geräteprüfungen bewirken. Da die technische Infrastruktur zur Aufgabenwahrnehmung bereits vorhanden ist, ist es wirtschaftlicher feste Mitarbeitende in den Werkstätten einzusetzen. Die Finanzierung dieser Stellen wird zu 50% aus Mitteln der Kostenerstattung im Rahmen des Vertrages zwischen dem Land Bremen, dem Bund und den weiteren Küstenländern sichergestellt. Aus diesem Grund ist es beabsichtigt 2,0 VZÄ (EG 8 TVöD, vorbehaltlich Bewertung) zu beantragen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<i>Händler: in LGE</i> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.1

Planstelle/Stelle Nr. 10279

Bewertung bisher A9

Funktionsbezeichnung bisher

<input type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input checked="" type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: - 56.160 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Stelle mit der Stellennummer 10279 (Besoldungsgruppe A9) wurde zur Aufgabenerfüllung im Rahmen des Vertrages zwischen dem Land Bremen, dem Bund und den weiteren Küsternländern eingerichtet. Es ist beabsichtigt die Stelle mit dem Ziel der Sicherstellung der Finanzierung der zusätzlich einzurichtenden 2,0 VZÄ zur Einrichtung eines Technischen Dienstes streichen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2013 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/1.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A9	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Hauptbrandmeister	
Befristung bis	Unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 112.310 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Anzahl der bei der Feuerwehr Bremerhaven beschäftigten Beamten berechnet sich aus den im Brandschutzbedarfsplan vorgegebenen Funktionen des Einsatzdienstes unter Berücksichtigung der allgemeinen Personalausfallzeiten.

Diese auf Urlaub, Krankheit und Fortbildung beruhenden Ausfallzeiten können seit jeher exakt (Urlaub) bzw. als Durchschnittswert (Krankheit und Fortbildung) relativ verlässlich in die Personalbedarfsberechnung einbezogen werden.

Durch die besonderen Belastungen, die mit dem Einsatzdienst der Feuerwehr verbunden sind, entstehen seit einiger Zeit aber „Ausfallzeiten“, die nicht durch die Abwesenheit der Mitarbeiter geprägt sind, sondern durch eine eingeschränkte Einsatzfähigkeit, aus gesundheitlichen Gründen, für den Bereich des Einsatzdienstes. Die Zeitspannen der eingeschränkten Einsatzfähigkeit sind aber individuell verschieden. Gemeinsam ist diesen Fällen, dass eine Dienstunfähigkeit, die zur Versetzung in den Ruhestand führen würde, nicht vorliegt, es besteht lediglich die ärztliche Vorgabe, die Kollegen nicht im Löschdienst und/oder Rettungsdienst einzusetzen. Als Folge können die Anforderungen an die im Brandschutzbedarfsplan und Rettungsmittelbedarfsplan festgelegten Mindeststärken und Funktionsvorhaltungen nur durch Mehrarbeit der übrigen Einsatzbeamten sichergestellt werden. Dauerhafte Mehrarbeit verstößt jedoch, nicht nur gegen die geltenden Arbeitszeitbestimmungen, sondern hat ggfs. nachteilige gesundheitliche Folgen was wiederum zu einer Erhöhung der Ausfallzeiten führen kann.

Die Besetzung der Stellen erfolgt mit Beamten der entsprechenden Laufbahngruppe, die Besoldungsgruppe kann variieren und umfasst bei der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, die Besoldungsgruppen A 7 bis A 9 BremBesG.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.01.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/2.1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A11	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Sachgebiet Brandverhütungsschau	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 122400 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit der am 30.09.2022 in Kraft getretenen Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes wird die anlasslose Brandverhütungsschau ab dem 01.04.2023 für das Land Bremen eingeführt und an die beiden Stadtgemeinden übertragen werden. Ein entsprechendes Ortsgesetz am 13.05.2023 in Kraft getreten. Es ist beabsichtigt die Brandverhütungsschau als kostenpflichtigen Tatbestand in die kommunale Gebühren- und Kostenordnung aufzunehmen. Dies führt zu einer vollumfänglichen Refinanzierung der Maßnahmen.

Mit dem Beschluss den Personal- und Organisationsausschusses am 06.12.2022 wurde der Bedarf von 2,0 VZÄ für die Durchführung der anlasslosen Brandverhütungsschau anerkannt.

Die unbefristeten überplanmäßigen anerkannten 2,0 Bedarfe sind nunmehr als Planstellen im Stellenplan auszuweisen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/2.0

Planstelle/Stelle Nr. 10003

Bewertung bisher A13 Z

Funktionsbezeichnung bisher Fachbereichsleitung FB 2

<input type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input checked="" type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A14	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Fachbereichsleitung FB 2	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 1.210 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Bei der Feuerwehr Bremerhaven werden die Spitzenämter durch Einsatzdienstbeamt:innen der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt besetzt. Hierzu zählen die Amtsleitung, die Ebene der Fachbereichsleitungen (Ausnahmen bilden die Fachbereiche Vorbeugende Gefahrenabwehr sowie Kaufmännische Organisation und Wirtschaftsbetrieb). Als Einsatzdienstfunktion nehmen sie die Aufgaben des sog. A-Dienstes wahr.

Die Stelle der Fachbereichsleitung Vorbeugende Gefahrenabwehr wird durch einen Einsatzdienstbeamten der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt im Spitzenamt mit Amtszulage (Besoldungsgruppe A13 Z) besetzt, welcher über die Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt verfügt. Der Fachbereich Vorbeugende Gefahrenabwehr erfährt mit der Neuzuweisung der Aufgabe der Durchführung von anlasslosen Brandverhütungsschauen seit dem 01.04.2023 eine Aufgabenerweiterung, welche auch mit einer Personalvergrößerung des Fachbereichs verbunden ist. Der gesamte Aufgabenbereich im Fachbereich Vorbeugende Gefahrenabwehr werden durch Beamt:innen der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt wahrgenommen.

Um die Stelle der Fachbereichsleitung Vorbeugende Gefahrenabwehr Verantwortungs- und Aufgabengerecht sowie dem zu führenden Personalkörper angemessen zu besetzen, ist es geplant die Stelle der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in eine Stelle der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt zu umzuwandeln.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 30.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37 / Feuerwehr
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.2

Planstelle/Stelle Nr. 10002

Bewertung bisher A14

Funktionsbezeichnung bisher Fachbereichsleitung FB 3

<input type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	
<input checked="" type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	1
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A14	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Fachbereichsleitung FB 3	
Befristung bis	Unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil: \neq

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Feuerwehrrakademie für Rettungsdienst Bremerhaven gliedert sich in die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule und in die Notfallsanitäterakademie. Die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule ist für die Aus- und Fortbildung der haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr Bremerhaven zuständig. Im Bereich Rettungsdienst bildet die Notfallsanitäterakademie haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte auch über die Stadtgrenzen hinaus aus, u.a. für die Stadtgemeinde Bremen. Zu den Ausbildungen gehören auch die Notfallsanitäterausbildung nach Berufsbildungsgesetz. Darüber hinaus ist die Feuerwehrrakademie nach neuer Aufgabenübertragung (Vorlagennummer: I 32/2021) für die Aus- und Fortbildung der magistratsinternen und amtsübergreifenden Katastrophenschutzangehörigen und Krisenstabsmitglieder zuständig. Die Feuerwehrrakademie für Rettungsdienst Bremerhaven gliedert sich in die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule und in die Notfallsanitäterakademie. Die Leitungsfunktionen der Notfallsanitäterschule bestehen zum einen aus einer Leitung der Notfallsanitäterschule welche nach § 6 Notfallsanitätergesetz (NotSanG) über einen Hochschulabschluss verfügen muss und zum anderen, aus einer ärztlichen Leitung der Notfallsanitäterschule welche ebenfalls über einen Hochschulabschluss verfügt. Hieraus ergibt sich hinsichtlich der formalen Qualifikation eine Ebenengleichheit mit der Fachbereichsleitung. Die Stelle der Fachbereichsleitung der Feuerwehrrakademie ist aktuell mit A14 BremBesG bewertet. Gemäß Stellenplan ist die Stelle mit einem ku-Vermerk versehen. Dies hat zur Folge, dass die Stelle bei einer Neubesetzung nach A13 BremBesG herabgestuft wird. Derzeitig findet die summarische Betrachtungsweise bei der Stellenbewertung von Funktionsstellen der Feuerwehr Anwendung. Eine gleiche Bewertung der Stellen der Leitung der Notfallsanitäterschule und der vorgesetzten Stelle der Fachbereichsleitung der Feuerwehrrakademie kann demnach nicht erfolgen. Sowohl die zuvor beschriebene Aufgabenveränderung als auch die summarische Betrachtungsweise sprechen für eine Beibehaltung der derzeitigen Stellenbewertung der Stelle der Fachbereichsleitung

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom 15.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung) **Feuerwehr (Amt 37)**

Abteilung/Sachgebiet **Einsatz und Technischer Betrieb (Fachbereich 1)**

Planstelle/Stelle Nr. **diverse**

Bewertung bisher **25,13 x Besoldungsgruppe A 7**
87,51 x Besoldungsgruppe A 8

Funktionsbezeichnung bisher **Brandmeister:in bzw. Oberbrandmeister:in**

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="112,64"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input checked="" type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A7/A8 BremBesO	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Brandmeister:in/Oberbrandmeister:in	
Befristung bis		-	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:

haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte: teilweise durch Dritte

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Voraussetzung für eine Einstellung in die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt des feuerwehrtechnischen Dienstes ist der Nachweis einer für den Feuerwehrberuf förderlichen Ausbildung. Dies bedingt, dass Bewerber:innen bereits mindestens eine dreijährige Ausbildung, nicht selten bereits eine mehrjährige Berufstätigkeit, hinter sich haben, wenn sie sich für eine Einstellung bei der Feuerwehr interessieren.

Während der Laufbahnausbildung werden Anwärterbezüge gezahlt, nach bestandener Laufbahnausbildung erfolgt entsprechend der geltenden beamten- und laufbahnrechtlichen Regelungen eine Ernennung im Einstiegsamt als Brandmeister:in. Eine Beförderung zum:zur Oberbrandmeister:in ist erst nach erfolgreicher Beendigung der beamtenrechtlichen Probezeit, des Durchlaufens einer Wartezeit nach Beendigung der Probezeit sowie unter der Voraussetzung einer freien, nach Besoldungsgruppe A 8 bewerteten Planstelle möglich.

Die Bewerber:innenzahlen für die Laufbahnausbildung der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt gehen seit längerem zurück. Ein Zusammenhang mit dem Einkommensverlust, den Bewerber:innen erleiden, wenn sie bereits berufstätig gewesen sind, ist nicht auszuschließen.

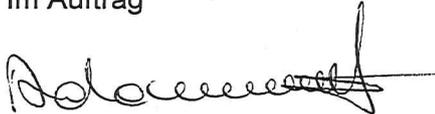
Mit einer Bündelung der Stellen, die aufgrund des identischen Aufgabenfeldes der Brandmeister:innen und Oberbrandmeister:innen rechtlich zulässig ist, wird erreicht, dass eine Beförderung zum:zur Oberbrandmeister:in nicht mehr von einer freien, nach Besoldungsgruppe A 8 bewerteten Planstelle abhängig ist.

Es handelt sich daher um eine Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung, die kommunal umsetzbar ist. Weitere denkbare besoldungsrelevante Maßnahmen unterliegen der Zuständigkeit des Gesetz- und Verordnungsgebers.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage: Bremisches Hilfeleistungsgesetz

Im Auftrag



Adomeit

Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses

Magistrat
Organisationseinheit 11/4

Bremerhaven, 14.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Feuerwehr (37)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- Neuschaffung
- Streichung
- Umwandlung
- Höherbewertung
- Abwertung
- Ausweisung
- Übertragung
- Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

6,0 jährlid = 18 Stellen

Bewertung neu

Ausbildungsvergütung (TVAöD - Pflege)

Funktionsbezeichnung neu

Auszubildende Notfallsanitäter:innen

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 372.120 €

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die bisher genutzten Zugangswege und die vorherrschenden Rahmenbedingung für die Gewinnung von Feuerwehrynachwuchskräften reicht nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken. Allein die Nachbesetzung der altersbedingt freiwerdenden Stellen stellt eine nur schwer lösbare Situation dar. Seit dem 01.01.2014 können Feuerwehren mit integrierten Notfallsanitäterschulen eine dreijährige Berufsausbildung im Rettungsdienst anbieten. Vorerfahrung für diese Ausbildung ist nicht erforderlich. Beabsichtigt ist die Durchführung der dreijährigen Berufsausbildung zur/zum Notfallsanitäter:in für die Zielgruppe Schulabgänger:innen. Geeignete Absolvent:innen sollen im Anschluss an die Ausbildung eine verkürzte feuerwehrtechnische Laufbahnausbildung durchlaufen. Ob die Finanzierung im vollen Umfang durch die Krankenkassen übernommen wird, ist aktuell in Klärung.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Notfallsanitätergesetz, Bremisches Beamtengesetz



Adomeit

Fachausschuss: Beschluss vom 25.09.2013 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

645

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 14.11.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher EG8

Funktionsbezeichnung bisher Poolstelle

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	7,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG8	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Poolstelle	
Befristung bis	Keine	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: + 430.180 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen.

Für die Ausbildung von Personal wurden mit dem Haushalt 2018/2019 7,0 VZÄ als Poolstellen bewilligt (XI 11/2017). Diese beantragten und bewilligten Stellen wurden bislang nicht in den planmäßigen Stellenplan übertragen.

Aus diesem Grund werden für den Haushalt 2024/2025 7,0 VZÄ EG8 für die Ausbildung von Personal beantragt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz

Dezernent/in 

Fachausschuss: Beschluss vom _____ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
11	<i>4 EG 8 Wassertransport</i>			
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit Feuerwehr

Bremerhaven, 14.11.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A10

Funktionsbezeichnung bisher Lagedienstführung

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,1
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u> A10		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u> Lagedienstführung		
Befristung bis Keine		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: + 20.080 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Die Lagedienstführung ist die operative Führungskraft in der IRLS. Die wesentlichen Aufgaben liegen in der Personalführung, der Sicherstellung des Dienstbetriebes in der IRLS sowie das Führen der Gesamtlage im Einzugsbereich der IRLS. Somit steht die Lagedienstführung Personen mit Entscheidungskompetenz als Informationsquelle zur Verfügung. Der in 2017 durch das Personalgutachten ermittelte Personalumfang hierfür beträgt 4,3 VZÄ. Im nun durchgeführten Gutachten wurden 5,4 VZÄ ermittelt. Dies bedeutet eine Steigerung von 1,1 VZÄ. Aus diesem Grund werden für die Tätigkeit der Lagedienstführung 1,1 VZÄ beantragt. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom _____ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 37
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 37/0.3

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A11

Funktionsbezeichnung bisher Leitung IRLS

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,8
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u> A11		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u> Administrativ-strategische Leitung		
Befristung bis Keine		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 16.320 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

2016 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Bildung einer gemeinsamen Integrierten Regionaleleitstelle (IRLS) mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven, mit einem durch Bremerhaven zu stellenden Personalkörper im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zu (Vorlage Nr. V 53/2016). Der in 2017 durch ein externes Gutachten festgestellte und im Haushalt 2018/2019 anerkannte Personalbedarf der IRLS beträgt 32,55 Stellen. Die Feuerwehr Bremerhaven ist vertraglich dazu verpflichtet, das für den Betrieb der IRLS erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Derzeitig wird der aktuelle Personalbedarf der IRLS durch einen externen Gutachter ermittelt (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Vorlage Nr. I 56/2022). Mit dem Ergebnis ist im 4. Quartal 2023 zu rechnen. Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen eine Steigerung von ca. 60% seit dem letzten Personalgutachten im Jahr 2017. Die administrativ-strategische Leitung der IRLS führt die IRLS in allen administrativen und strategischen Belangen und ist somit die höchste Führungskraft in der IRLS. Der in 2017 durch das Personalgutachten ermittelte Personalumfang hierfür beträgt 1,8 VZÄ. Im nun durchgeführten Gutachten wurden 2,6 VZÄ ermittelt. Dies bedeutet eine Steigerung von 0,8 VZÄ. Aus diesem Grund werden zusätzlich 0,8 VZÄ für die administrativ-strategische Leitung der IRLS beantragt. Die Refinanzierung der beantragten Stellen erfolgt zu 2/3 durch die Landkreise Cuxhaven und Osterholz. Der beantragte Stellenumfang ist vorbehaltlich dem im Abschlussgutachten genannten tatsächlichen Stellenumfang.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
Bremisches Hilfeleistungsgesetz


Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom _____ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>